



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

7. Sitzung (öffentlich)

22. November 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:50 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/749	
Stellungnahme 16/133	
Vorlage 15/371	

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/749 wird ohne weitere Aussprache mit den Voten aller Fraktionen einstimmig angenommen.

2	Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 – 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen	7
	Vorlage 16/386	
	– Aussprache	7
3	Elternstart	9
	Vorlage 16/385	
	– Aussprache	9
4	Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung	13
	Vorlage 16/383	
	– Aussprache	13
5	PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen	15
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/1257	
	– Aussprache	15
6	Evaluation der „Aktion Gesunde Kindheit“ – Bericht über die Erfahrungen mit der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen (U-Untersuchung-TeilnahmedatenVO – UTeilnahmeDatVO)	16
	Vorlage 16/40	

Da die zur Berichterstattung angekündigte Vertreterin des MGEPA nicht anwesend ist, verständigt sich der Ausschuss ohne weitere Aussprache darauf, die Behandlung des Themas in seine Sitzung am 6. Dezember 2012 zu schieben.

Das Expertengespräch soll am 31. Januar 2013 oder am 21. Februar 2013 stattfinden. Anregungen zum Kreis der einzuladenden Sachverständigen oder zum Fragenkatalog sollten mitgeteilt werden.

7	Verschiedenes	17
	a) Mitteilungen der Vorsitzenden	17
	b) Änderungsanträge zum Haushalt	17

* * *

1 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Schwangerschafts-konfliktgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/749

Stellungnahme 16/133

Vorlage 15/371

Vorsitzende Margret Voßeler resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/749 sei vom Plenum in dessen Sitzung am 13. September nach der ersten Lesung an den hiesigen Ausschuss zur Federführung überwiesen worden. Mitberatend sei der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation.

Mit Schreiben vom 27. September seien die kommunalen Spitzenverbände im schriftlichen Verfahren nach Anlage 9 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen beteiligt worden. Deren gemeinsame Stellungnahme vom 1. Oktober 2012 sei Stellungnahme 16/133 verteilt worden.

Der mitberatende Ausschuss habe in seiner Sitzung am 26. September ein Votum abgegeben und dem Gesetzentwurf zugestimmt. Der hiesige Ausschuss habe sich bereits in seinen Sitzungen am 27. September und 25. Oktober mit dem Gesetzentwurf befasst. Mittlerweile liege auch der vom Ministerium in der Sitzung am 25. Oktober zugesagte Bericht vor (siehe Vorlage 16/371). Der Gesetzentwurf solle heute abschließend beraten werden.

Andrea Asch (GRÜNE) begrüßt den Ausschussassistenten und wünscht eine gute Zusammenarbeit. – Die Ausschussmitglieder hätten sich darauf verständigt, wegen der eingereichten Stellungnahme keine Beratung durchzuführen, sondern direkt über den Gesetzentwurf der Landesregierung abzustimmen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/749 wird ohne weitere Aussprache mit den Voten aller Fraktionen einstimmig angenommen.

